



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

Rundfunkstaatsvertrag reformieren – Abonnementprinzip einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine umfassende Reform des Rundfunkstaatsvertrages im Bund einzusetzen.

Maßgeblich ist die Umstellung von einem für alle verpflichtenden monatlichen Beitrag auf ein Abonnementprinzip, wie es bisher die verschiedenen Pay-TV-Sender praktizieren.

Unabhängig vom dann individuell ausgewählten Angebot sind in der Grundversorgung für jede bayerische Bürgerin bzw. jeden bayerischen Bürger ein bundesweiter sowie ein regionaler Sender im TV und Radio enthalten, die die nachrichtliche und kulturelle Grundversorgung sicherstellen.

Diese Grundversorgung wird über einen minimalen Sockelbetrag im Rahmen von ein bis zwei Euro pro Haushalt finanziert.

Begründung:

Nicht erst durch die Skandale um die „Umweltsau“ des WDR, die von den Bundes-Grünen als kleinster Oppositionspartei dominierten Talkrunden oder auch die Diffamierung von Menschen mit Sprachproblemen durch die „Satire“-Sendung „heute-show“¹ sind das öffentliche Fernsehen und auch die Radiosender in die Kritik geraten.

Auch in der Corona-Krise zeigt das Staatsfernsehen seine mangelnde Empathie. Ein Satireformat der ARD-Jugendwelle Funk bezeichnet das Coronavirus als „schönen und sinnvollen Reflex der Natur“. Dass vor allem Ältere daran sterben, sei „nur gerecht“. Schließlich habe diese Generation den „Planeten voll gegen die Wand gefahren“².

Aber selbst die vorgeblich neutrale Berichterstattung über die Pandemie ruft Kritik hervor. Der Medienwissenschaftler Otfried Jarren etwa kritisiert die Corona-Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Deutschland vehement und spricht von „Systemjournalismus“³.

Das teilweise wenig niveauvolle Programm, bei dem große Summen für seichte Unterhaltung ausgegeben werden, die nur wenige Bürgerinnen und Bürger konsumieren, überzeugt auch jenseits der Krise nicht, was die sinkenden Einschaltquoten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und der große Erfolg von Streaming-Diensten belegen.

¹ <https://www.morgenpost.de/kultur/tv/article213363391/Spott-ueber-AfD-Mann-heute-show-entfernt-Stotter-Passage.html> (Zugriff am 26.03.2020)

² <https://www.welt.de/kultur/article206548759/ARD-Satire-Coronavirus-rafft-die-Alten-dahin-Das-ist-nur-gerecht.html> (Zugriff am 26.03.2020)

³ <https://www.epd.de/ueberregional/schwerpunkt/medien/experte-kritisiert-gleichfoermige-corona-berichterstattung>

Nachrichtensendungen sind häufig ideologisch gefärbt und dort ausgestrahlte Berichte sind oftmals keine solchen im Sinne einer objektiven, ausgewogenen Berichterstattung, die verschiedene Stimmen gleichberechtigt zu Wort kommen lässt, sondern zum Großteil persönliche Kommentare.

Ad nauseam werden in Kriminal- aber auch in Familienfilmen politischer und öffentlicher Mainstream propagiert und erwünschte Ideologien zementiert.

Es verwundert daher nicht, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger des Landes gerne auf öffentlich-rechtliche Sender verzichten würden. Dies ist aber de jure nicht möglich, da eine Verweigerung der Zahlung des Beitragsservices vom Staat hart geahndet wird und unter Umständen in einer Gefängnisstrafe endet.

Die AfD fordert deshalb die vollständige Umstellung auf ein Abonnementsystem, wie es auch momentan von Seiten der Regierung des Premierministers Johnson in Großbritannien für die BBC ausgearbeitet wird.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen nur für die Angebote bezahlen, die sie auch bestellt haben und sehen möchten, wie dies auch bei anderen Medien wie Zeitungen, Zeitschriften, Internetangeboten, etc. üblich ist.

Durch den Erhalt der kostenfreien TV- und Radiosender bleibt die Grundversorgung auch in Bayern erhalten.